



Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 5+6/2017



**Der Kampf um Aleppo
und das Recht des Stärkeren**

Gerhard Arnold > 6

Was ist konservativ?

Dr. Christean Wagner > 10

***Die Rolle der Religion
in der internationalen Zusammenarbeit***

Ministerialdirigent Dr. Bernhard Felmborg > 3

Liebe Leserin, lieber Leser,



das **Reformationsjubiläum** rückt mit großen Schritten näher. Neben der notwendigen historischen Rückschau, die dieses für uns Protestanten so wichtige Jahr natürlich mit sich bringt, liegt unser EAK-Interesse vor allem an der Hervorhebung des **Aktualitätsbezuges der Reformation** für die heutige Zeit. Es geht uns deshalb nicht in erster Linie um historische Rückschau, sondern ganz konkret um Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft. Die Reformation ist nicht nur eine binnenkirchlich-theologische Reformbewegung gewesen, sondern ein kulturelles, gesellschaftliches und politisch äußerst folgenreiches Gesamt ereignis von universaler Strahlkraft.

Dieses Reformationsjubiläum wird natürlich **keine Helden- oder Heiligenverehrung Luthers** sein. Aber es wird doch mit allem Grund und Recht den großen Reformator auch auf eine Weise zu würdigen haben,

dass seine große und zentrale Bedeutung auch für unsere deutsche Identität deutlich wird. Mit der vollständigen **Übersetzung der Bibel in die deutsche Sprache** hat Martin Luther zu seiner Zeit den entscheidenden Grundstein für unsere moderne deutsche Sprache und Literatur gelegt. Die Reformation war auch eine große **Freiheits-, Bildungs- und Emanzipationsbewegung**. Die Reformation hat wieder deutlich gemacht, dass persönlicher Glaube und persönliche Bildung untrennbar zusammengehören. Sie betont von daher die **Unverzichtbarkeit der persönlichen Wissens- und Gewissensbindung**. Das hat nicht zuletzt zu einem neuen Bildungsbewusstsein und einem **neuen Verständnis von persönlicher Mündigkeit und individueller Freiheit** in Glaube und Wissen geführt.

Der EAK hat zum Anlass des Reformationsjubiläums ein neues Buch veröffentlicht. Es trägt – ganz in dem Sinne des gerade Gesagten – den Titel: **„Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation“**. Und es ist ein tolles Buch. Sie können es ab sofort in der EAK-Bundesgeschäftsstelle (oder auch im Buchhandel) für nur 10,- EUR kaufen. Das Buch ruft auf rund 250 Seiten die bleibenden Prägungen und die entscheidenden Impulse der Reformation für unser heutiges ethisches und politisches Denken und Handeln neu ins Bewusstsein. Es enthält zwei Teile: Im ersten Teil finden sich kurze und prägnante persönliche „Statements“ prominenter Theologen und Politiker. Das reicht von Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** bis zum EKD-Ratsvorsitzenden Bischof **Prof. Dr. Bedford-Strohm**. Der zweite Teil bietet Raum für ausführlichere Perspektiven zu bis heute für uns wichtigen, ausgewählten Themenbereichen. Dieses Buch möchte ich Ihnen wärmstens empfehlen: Einen vergleichbaren Beitrag für politisch interessierte Christen gibt es so auf dem Büchermarkt bisher nicht. (s. S. 11)

Des Weiteren möchte ich auch noch einmal auf eine anstehende Premiere hinweisen: **Am Mittwoch, dem 28. Juni, um 20:00 Uhr in der Berliner Philharmonie** präsentiert der EAK eine musikalische **Welt-Uraufführung**, nämlich das neue klassische **Luther-Oratorium „Wir sind Bettler“** des Komponisten **Daniel Pacitti** und unseres EAK-Bundesgeschäftsführers Pastor **Meißner**, der den Text geschrieben hat. Der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende, Altbischof **Prof. Dr. Wolfgang Huber**, hat hierfür dankenswerterweise die offizielle Schirmherrschaft übernommen.

Das ist ein Projekt, das es so in der ganzen Geschichte des EAK noch nicht gegeben hat. Ich versichere Ihnen: Dies wird ein einmaliges Erlebnis mit wirklich großartiger, den Geist, die Seele und das Herz anrührender und inspirierender Musik. Seien Sie also mit dabei. Die Karten können Sie in der EAK-Bundesgeschäftsstelle, an allen üblichen Vorverkaufsstellen kaufen, aber auch direkt und kostengünstig online bestellen über unsere EAK-Webseite (www.eak-cducsu.de).

Gottes Segen!

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Inhaltsübersicht

- 3 | Die Rolle der Religion in der internationalen Zusammenarbeit
- 6 | Der Kampf um Aleppo und das Recht des Stärkeren
- 10 | Was ist konservativ?
- 11 | Evangelisches Leserforum
- 12 | Aus unserer Arbeit



Die Rolle der Religion in der internationalen Zusammenarbeit

Ministerialdirigent Dr. Bernhard Felmborg

Acht von zehn Menschen auf der Welt sagen: „Ich gehöre zu einer Glaubensgemeinschaft!“ Das zeigt: Auch im 21. Jahrhundert sind Religion und Religionsgemeinschaften noch relevant für den Großteil der Menschheit – allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden. Sie spielen im alltäglichen Leben der Menschen in Entwicklungsländern eine weit- aus größere Rolle als bei uns in Deutschland. Das belegen zum einen ganz nüchterne Zahlen und Statistiken: In 40 Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geben vier von fünf Menschen an, dass ihnen Religion „sehr wichtig“ sei. In Nigeria gehen 90 Prozent der Bevölkerung jeden Sonntag in den Gottesdienst oder am Freitag in die Moschee – das erleben Pfarrer und Priester hierzulande vielleicht noch an den höchsten kirchlichen Feiertagen, Karfreitag oder Heiligabend. Aber in der Regel können sie von solchen Besucherzahlen nur träumen: In Deutschland machen sich lediglich rund sechs Prozent der Bevölkerung regelmäßig auf den Weg zum sonntäglichen Gottesdienst.

Unabhängig von diesen nüchternen Zahlen und Fakten spielen Religion und Religionsgemeinschaften in Entwicklungsländern aber auch inhaltlich, im Entwicklungsprozess, eine wichtige Rolle – wenn auch gelegentlich eine höchst ambivalente. Mit Entsetzen verfolgen wir fast täglich neue Berichte über Gräueltaten der Terrormiliz „Islamischer Staat“, die für sich in Anspruch nimmt, im Namen einer Religion zu handeln und dabei mordet, foltert, unbeschreibliches menschliches Leid und eine Massenflucht verursacht, eine

„In 40 Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geben vier von fünf Menschen an, dass ihnen Religion „sehr wichtig“ sei.“

ganze Region destabilisiert und bereits erreichte Entwicklungserfolge wieder zunichtemacht. Gleichzeitig schätzt die Weltbank, dass in Subsahara-Afrika fast die Hälfte aller Leistungen im Bereich Gesundheit und Bildung von religiösen Akteuren

destabilisiert und bereits erreichte Entwicklungserfolge wieder zunichtemacht. Gleichzeitig schätzt die Weltbank, dass in Subsahara-Afrika fast die Hälfte aller Leistungen im Bereich Gesundheit und Bildung von religiösen Akteuren

erbracht wird. Und in vielen Krisensituationen und instabilen Ländern sind die Kirchen und ihre Partner oftmals die einzigen, die den notleidenden Menschen vor Ort auch dann noch zur Seite stehen, wenn eine staatliche (Entwicklungs-)Zusammenarbeit nicht, nicht mehr oder noch nicht möglich ist.

In diesem Spannungsfeld muss sich die Entwicklungszusammenarbeit bewegen und verorten. Und unzweifelhaft haben die Fragen nach der Rolle von Religionsgemeinschaften im Entwicklungsprozess, der Beziehung zwischen Staat und Kirchen und den Einflussmöglichkeiten der Kirchen auf die Meinungs- und Willensbildung in Entwicklungsländern an Aktualität und Dringlichkeit deutlich zugenommen. Umso erstaunlicher eigentlich, dass diese Fragen bisher zwar ausführlich in der sozialwissenschaftlichen Forschung, nicht aber in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit eine maßgebliche Rolle spielten. Dabei liegt hier – im wahrsten Sinne des Wortes – enormes Entwicklungspotential, denn Religion stellt für viele Menschen – und gerade in Ländern des globalen Südens – eine zentrale Werte-Ressource dar. Religion beeinflusst die Weltsicht, den Lebensstil und das Engagement vieler Menschen und kann starke politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft entfalten. Religion ist nicht „Privatsache“, sondern öffentlich. Sie kann demzufolge sowohl integrieren als auch polarisieren, sie kann gesellschaftliche Entwicklungsprozesse vorantreiben oder blockieren, Frieden befördern oder behindern. Allein diese kurze Bestandsaufnahme legt den Schluss nahe, dass das Potenzial von Religion im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weitaus stärker als bisher einbezogen werden kann – und muss. Denn eine Entwicklungspolitik, die den einzelnen Menschen ernst nimmt, muss auch dessen Kultur, Religion und Weltanschauung ernst nehmen.

„Religion kann Brücken bauen und Menschen motivieren, sich für andere und die Umwelt einzusetzen. Dieses Potenzial haben wir viel zu lange vernachlässigt“, stellte Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller kurz nach seinem Amtsantritt fest. Religion kann eine zentrale Rolle spielen für die Verständigung darüber, in was für einer Welt wir leben und an welchen Werten wir uns orientieren wollen. Wir müssen Wege finden, moderate religiöse Kräfte stärker in unsere entwicklungspolitischen Strategien einzubeziehen und die Kraft der Religionen für ein friedliches Zusammenleben zu nutzen. Nur so können wir auch Extremisten langfristig den Nährboden entziehen.

Im Februar dieses Jahres hat das BMZ erstmals in der Geschichte eine eigene Strategie zu „Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“ vorgelegt. Darin setzt sich

die deutsche Entwicklungspolitik das Ziel, die Partnerschaft mit den Religionen auszubauen – beispielsweise durch die Förderung des inter- und intrareligiösen Dialogs. Überall dort, wo wir gemeinsam mehr erreichen können, werden wir die Zusammenarbeit ausbauen. Bei dieser Zusammenarbeit setzen wir auf gegenseitigen Respekt. Dazu gehört auch die Wertschätzung der unterschiedlichen Rollen, die staatliche und religiöse Akteure haben. Eine Instrumentalisierung der Religionsgemeinschaften durch den Staat oder umgekehrt wollen wir vermeiden, indem wir uns auf gemeinsame Ziele konzentrieren.

„Religion kann sowohl integrieren als auch polarisieren, sie kann gesellschaftliche Entwicklungsprozesse vorantreiben oder blockieren, Frieden befördern oder behindern.“

Dazu gehört ein Leben in Würde für alle Menschen. Für die Auswahl der Partner haben wir klare Kriterien definiert. Dazu gehört an oberster Stelle die Einhaltung der Menschenrechte.

Mit der neu geschaffenen Veranstaltungsreihe „Religion Matters!“

lädt das Ministerium zudem regelmäßig hochrangige Religionsvertreter ein, die in informeller Runde neue Impulse zum Thema Werte, Religion und Entwicklung geben.

Auch international treiben wir das Thema voran: Im Februar trafen sich über 250 Teilnehmer aus aller Welt in Berlin um über den Beitrag der Religionen zu nachhaltiger Entwicklung und Frieden zu sprechen. Alle Weltreligionen waren vertreten! Im Rahmen dieser Konferenz wurde die International Partnership on Religion and Sustainable Development gegründet – ein Zusammenschluss von Regierungen, multilateralen Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Weltbank sowie Nichtregierungsorganisationen.

Auch wenn in dieser Legislaturperiode die Rolle von Religion für Entwicklung eine erhebliche Aufwertung erhält, so ist die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche keinesfalls ein neues Phänomen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Das BMZ arbeitet bereits seit über 50 Jahren mit den beiden großen christlichen Kirchen zusammen. Vorteil kirchlicher Entwicklungsvorhaben ist, dass die Kirchen keine Durchführungsorganisationen des BMZ sind und daher unabhängig vom Staat und strikt nach dem Partner- und Antragsprinzip arbeiten. Damit nehmen die Kirchen unter allen Zuwendungsnehmern des BMZ eine besondere Stellung ein – nicht nur in Bezug auf die Besonderheiten der finanziellen Unterstützung wichtiger Vorhaben, sondern auch aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen, gewachsenen Netzwerke und Partnerstrukturen sowie ihrer besonderen Nähe zu den Ärmsten der Armen. Nur ein aktuelles Beispiel: Nach Ausbruch des Ebola-Virus in Sierra Leone konnten die Kirchen aufgrund bereits bestehender langjähriger Kontakte und auf Initiative ihrer Partner vor Ort sehr kurzfristig konkrete Gesundheits- und Präventionsvorhaben ansetzen. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit war da noch mit dem Aufbau von Verfahren und Strukturen vor Ort beschäftigt.

Und der Ebola-Ausbruch zeigte beispielhaft auch, wie wichtig Religion für die Überwindung von Krisen und für die Veränderung von traditionellen destruktiven Verhaltensweisen ist: Ein Grund für die rasante Verbreitung des Virus war der Ritus der Totenwaschung. Traditionell werden Tote in Westafrika von der Familie vor dem Begräbnis gewaschen oder gar zur Verabschiedung umarmt. Gerade von den Verstorbenen geht jedoch die größte Ansteckungsgefahr aus. Die Bevölkerung trotzte anfänglich dem Aufruf internationaler Hilfsorganisationen, mit

Deutscher Evangelischer Kirchentag Berlin – Wittenberg
24. – 28. Mai 2017

Du siehst mich
(1. Mose 16,13)

Sie finden den Stand des EAK auf dem Markt der Möglichkeiten in der Messehalle 1.2 am Stand G09.

dieser Tradition zu brechen. Erst nachdem Priester und Imame die Bevölkerung darüber aufklärten, dass eine Änderung der Tradition moralisch nicht verwerflich, sondern essentiell wichtig für die Reduzierung der Neuansteckungen sei, konnte dieser Brauch vielerorts abgeschafft werden. Gesellschaftliche Veränderungen können eben nicht einfach „von oben“ verordnet werden – sie müssen von möglichst vielen Menschen getragen und „von unten“ befördert werden.

Allein dieses Beispiel zeigt eindrucksvoll, wie maßgeblich Religionsgemeinschaften am Prozess der Meinungs- und Willensbildung von Gesellschaften beteiligt sind – oder sein können. Religion bietet Raum für Debatten. In Kirchen und Moscheen wird diskutiert, was Menschen bewegt: Gesundheit, Familienplanung, Umweltschutz, Frieden. Durch Publikationen und Denkschriften, Hirtenbriefe oder Enzykliken greifen Religionsvertreter aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen auf und bieten aus ihrem religiösen Verständnis heraus Lösungen an.

Bestes Beispiel dafür ist die in kirchlichen und säkularen Kreisen als „Umwelt-Enzyklika“ titulierte neue Papst-Enzyklika „Laudato Si“, die nicht nur Missstände der aktuellen Klimapolitik aufgreift und ein Umdenken der in Politik und Wirtschaft Verantwortlichen fordert, sondern zugleich konkrete Lösungsansätze anbietet. Erstmals hat ein Oberhaupt der (katholischen) Kirche ein klares Signal an politische Entscheidungsträger gesandt und einen Impuls für Debatten auch auf internationaler Ebene gegeben. Das zeigt, dass Glaubensvertreter durchaus Einfluss auf politische Entscheidungsträger, Entwicklungsprozesse und jede und jeden Einzelnen ihrer Glaubensgemeinschaft nehmen können.

Das nutzen wir im BMZ mit Erfolg auch für Entwicklungsprozesse, indem bei Projekten

Kooperationsmöglichkeiten mit Religionsvertretern gesucht werden. In Indonesien war der Aufbau eines Personenstandswezens in Aceh nach dem Tsunami 2004 erst möglich, nachdem der Islamische Gelehrtenrat eine Stellungnahme veröffentlichte, die der staatlichen Registrierung einen Beitrag zum Gemeinwohl bescheinigte. Zuvor wurde die Registrierung in weiten Teilen der Bevölkerung als „christliches Konzept“ abgelehnt. In Algerien wurden Imame gemeinsam mit staatlichen Vertretern darin unterstützt, Positionen zum Umweltschutz zu erarbeiten. Das daraus entstandene Handbuch für die Imam-Ausbildung „Rolle der Moscheen in der Umwelterziehung“ wird im neu eingeführten Unterrichtsfach „Biodiversität“ an Koranschulen verwendet und soll im Rahmen einer Süd-Süd-Kooperation nach Pakistan übertragen werden.

In einer Welt, in der gewalttätige Auseinandersetzungen und Terroranschläge leider fast alltäglich sind, können auch die Religionen zur Befriedung von Konfliktparteien beitragen. Religionsvertreter nehmen in vielen Kulturen traditionell eine Mediatorenrolle ein und sind deshalb ausschlaggebend für die Lösung von Konflikten.

Beispiele dafür gibt es einige: In Burundi arbeitet der Zivile Friedensdienst mit den lokalen Kirchen daran, die nach jahrelangem Bürgerkrieg verfeindeten Gruppen wieder zum Dialog an einen Tisch zu bringen. In Nigeria, im Süd-Sudan und in der Zentralafrikanischen Republik setzen sich Imame und Bischöfe aktuell gemeinsam für Frieden und Dialog ein. Dahinter steckt

die ebenso einfache wie wichtige Erkenntnis, dass Religion dort, wo sie Teil des Problems ist, stets auch Teil der Lösung sein muss.

Initiativen, die von Glaubensgemeinschaften ausgehen und damit von einem großen Teil der Gesellschaft mitgetragen werden, können sich auf lange Sicht zu fest etablierten Bestandteilen

„Religion muss dort, wo sie Teil des Problems ist, stets auch Teil der Lösung sein.“

unseres wirtschaftlichen und politischen Wirkens entwickeln. Dies bringt nicht nur Veränderungen in Entwicklungsländern mit sich, sondern auch hier bei uns. Ein Beispiel dafür ist

der Faire Handel. Er ist ursprünglich aus einer Initiative katholischer und evangelischer Jugendverbände mit Unterstützung der Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt entstanden. 1970 organisierten die Verbände als Kritik an der offiziellen Entwicklungspolitik Hungermärsche in 70 deutschen Städten mit über 30.000 Teilnehmern. Daraus entstand ein Jahr später die Bewegung „Aktion Dritte Welt Handel“, aus der schließlich die Weltläden hervor gingen. Heute ist das Konzept des fairen Handels fest etabliert in der deutschen Wirtschaft – mit jährlich steigenden Umsatzzahlen. 2014 erreichte der Faire Handel einen Absatz von über einer Milliarde Euro. Damit hat sich der Umsatz in den letzten zehn Jahren mehr als verzehnfacht. Ausgehend von einer ursprünglich kleinen kirchlichen Initiative hat sich der Faire Handel so zu einem erfolgreichen Wirtschaftssektor entwickelt, der ein Alternativmodell zum Großteil des Wirtschaftens von Industrieländern darstellt und in Ländern des globalen Südens durch faire Löhne und gute Produktionsbedingungen praktische Hilfe zur Selbsthilfe leistet.

„Eine andere Welt ist möglich – und sie steckt schon in dieser“. Dieses Zitat des französischen Lyrikers Paul Éluard beschreibt die Möglichkeiten, die sich uns in der Entwicklungspolitik heute bieten. Ein gelungener Entwicklungsprozess baut auf bestehenden Strukturen auf und bezieht Kultur und Religion in entwicklungspolitisches Handeln ein um seine Ziele zu erreichen: Den Menschen weltweit ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit Frieden und Würde zu ermöglichen – und zwar unabhängig von Nation, Geschlecht, Ethnie oder Religion.

Quellen:

www.fairtrade.de/index.php/mid/1.4/lan/de

www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/flyer/Flyer_Religionen.pdf

www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/173487/umfrage/haeufigkeit-von-kirchenbesuchen/>



*Ministerialdirigent
Dr. Bernhard Felmburg*

ist Leiter der Unterabteilung 11 (Zivilgesellschaft, Kirchen und Wirtschaft) im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).



Der Kampf um Aleppo und das Recht des Stärkeren

Eine friedensethische Kurzanalyse von evangelischen Stellungnahmen
zum syrischen Bürgerkrieg

Gerhard Arnold

Was sind die Lehren aus dem Völkermord in Ruanda 1994 und Srebrenica 1995? Nie wieder! lautet die Parole seitdem. Die internationale Gemeinschaft habe eine Schutzpflicht für unsäglich verfolgte Völker und Minderheiten, von der UNO „responsibility to protect“ genannt. Seit dem Kampf um Ost-Aleppo ab Frühjahr 2016 gilt dieser hehre Grundsatz nicht mehr. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich hatte die syrische Regierung das Recht, gegen die verschiedenen Jihadisten-Kampfgruppen und Terroristen in Ost-Aleppo mit militärischer Gewalt vorzugehen, die sich dort seit Mitte 2012 eingenistet und radikalisiert hatten. Es sollen zuletzt bis zu 9.000 Kämpfer inmitten von etwa 250.000 Zivilisten grausam gewütet haben. Das war schon schlimm genug. Die syrische Regierung wollte aber die wirtschaftlich und strategisch sehr wichtige Stadt wieder unter ihre volle Kontrolle bringen und hat dazu die Hilfe der russischen

Luftwaffe erbeten, dazu die massive militärische Hilfe von schiitischen Kampfgruppen aus dem Libanon, Irak, Iran usw. unter iranischem Kommando. Der berechtigte Kampf zur Rückeroberung von Ost-Aleppo richtete sich unterschiedslos auch gegen die dortige Zivilbevölkerung, sunnitische Muslime, die dem alawitischen Präsidenten und seiner Militärführung offenbar nicht viel Wert sind. Der immer enger gezogene Belagerungsring seit Juli 2016 sollte den Osten Aleppos aushungern, das allein ist ein schweres Kriegsverbrechen. Die russischen und syrischen Bombardements haben den größten Teil der Stadt zerstört, zuletzt alle noch irgendwie funktionierenden Notkrankenhäuser. Mehrtägige regelmäßige Feuerpausen zur Evakuierung der Bevölkerung wurden von Assad abgelehnt. Die UNO sprach von schweren Kriegsverbrechen, und das vor den Augen der Weltöffentlichkeit, die Tag für Tag in Echtzeit an der Tragödie des syrischen „Stalingrad“ Anteil nehmen konnte.

In seltener Einmütigkeit wurde diese syrisch-russische Politik, aber genauso die Einflusspolitik des Iran wegen ihrer barbarischen Kriegsführung, in den deutschen Medien von konservativ bis links scharf kritisiert. Die Vereinten Nationen seien durch die Vetomacht Russland an die Wand gespielt worden. Nun gelte wieder das Recht des Stärkeren. Der völlig Skrupellose mit einem Freund im Weltsicherheitsrat könne sich nun militärisch alles leisten, sofern die internationale Gemeinschaft tatenlos zuschaut. Der Interventionsverzicht der USA unter Barack Obama 2013 habe zur Eskalation der Gewalttaten allerdings fast eingeladen. So der Tenor vieler Medienbeiträge.

„Seit Beginn des Bürgerkriegs haben evangelische Kirchenrepräsentanten zu der Kriegsentwicklung in Syrien Stellung bezogen.“

Auch viele Spitzenvertreter der evangelischen Landeskirchen und der EKD äußerten sich zum Kampf um Aleppo. Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien 2011 haben evangelische Kirchenrepräsentanten mehrfach zu der Kriegsentwicklung in Syrien Stellung bezogen. Das hing natürlich vor allem mit dem Schicksal der dortigen Kirchen zusammen, deren Mitglieder Opfer der Kämpfe, Massaker und Vertreibungen geworden sind. Der Grundtenor dieser Stellungnahmen ist die tiefe Betroffenheit und Ratlosigkeit darüber, wie den Menschen in Aleppo geholfen werden könne. Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Bedford-Strohm, sagte am 16. August 2016: „Wenn man die Bilder aus Aleppo sieht, kann man gar nicht anders, als Mitgefühl zu empfinden und zu hoffen, dass es Wege gibt, die Menschen irgendwie zu retten.“ In seinem Ratsbericht vor der EKD-Synode am 6. November wurde er ein wenig deutlicher: Die Ohnmacht angesichts der Bilder aus Aleppo sei „nur schwer auszuhalten.“ Ohne eigene Handlungsmöglichkeit „können wir unsere Gefühle nur laut ausschreien“. Außerdem artikuliert er „unsere Wut über Machthaber, die ohne Skrupel Bomben abwerfen, um ihre strategischen Machtinteressen durchzusetzen.“ Unerwähnt bleibt hierbei indes, wer denn genau diese Machthaber eigentlich sind. Einen Monat schrieb der Ratsvorsitzende auf „facebook“: „Es ist ein Trauerspiel, wie die Menschen in Aleppo Opfer internationaler Machtpolitik werden.“ Was er damit meint, bleibt allerdings im Nebel. Im epd-Interview am 15. Dezember 2016 wiederholt er diesen Satz und sagt, befragt nach kirchlichen Handlungsmöglichkeiten: „Wir werden nicht nachlassen darauf hinzuweisen, was passiert, und mithelfen, dass wir nicht abstumpfen.“ Was aber in und um Aleppo passierte, berichteten die großen Tageszeitungen sehr genau und versahen es mit klaren Analysen, benannten auch die direkt Verantwortlichen samt ihrer Interessen: Die politische Führung von Syrien, Russland und dem Iran. Der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm äußerte sich am 30.09.2016, nach Beginn der letzten Großangriffs-Phase gegen Aleppo ausführlicher. „Es sei schrecklich, dass derzeit offenbar kein Mittel der Diplomatie helfe, um beispielsweise die Angriffe auf Aleppo zu stoppen, so der leitende Bremer Theologe. Das Geflecht der Interessen in diesem Stellvertreterkrieg sei besonders komplex.“ Einzelheiten und die Namen der Gewaltakteure nennt er nicht. Der Hinweis auf das „komplexe Interessengeflecht“ gilt nur für das Mit- und Gegeneinander der sehr zahlreichen unterschiedlichen Kampfgruppen im Land, nicht für die verbrecherischen Bombenangriffe auf Ost-Aleppo. Im Interview mit der Rheinischen Post sagte Brahm am 23.09.2016, der Krieg sei mit dem Fall Ost-Aleppos nicht zu Ende. Der Schlüssel zur Lösung liege „bei denen, die dort einen Stellvertreterkrieg führen: Russland, USA, Saudi-Arabien und der Iran.“ Das leuchtet nicht ein, denn Russland und der Iran kämpfen in Syrien für

eigene Machtinteressen, für eine dauerhafte militärische Präsenz; die USA haben inzwischen nach ihrem weitgehenden politischen und militärischen Rückzug ihren Einfluss verloren. Nur Saudi-Arabien geht es darum, auf syrischem Boden durch Hilfen an Jihad-Kampfgruppen den Iran zu bekämpfen. Im epd-Interview vier Tage später ging Brahm noch weiter und warb dafür, für Lösungsvorschläge „der selbst ernannten ‚Garantiemächte‘ Russland, Iran und Türkei“ offen zu sein, also für die drei Staaten, die über den Kopf von Staatschef Assad hinweg nach dem Sieg über Aleppo ihre eigenen militärischen Machtgewinne zementieren und als Friedenslösung verkaufen können. Brahm warb für weitere Friedensgespräche in Genf, doch wie sollen sie ohne gleichrangige Konflikt-Partner möglich sein?

Positionen der Landeskirchen

Etliche leitende Geistliche haben in Briefen an ihre Gemeinden und in ihren Weihnachtspredigten ebenfalls auf den Kampf um Aleppo Bezug genommen.

Der Rheinische Präses Manfred Rekowski schrieb am 12.10.2016 in seinem Brief an alle Pfarrer und Kirchengemeinden im Zusammenhang der Ökumenischen Friedensdekade u.a.: „Vor Augen haben wir die trostlosen Bilder aus Syrien: ein zerbombtes Land, aus dem Millionen Menschen geflohen sind, in dem Binnenflüchtlinge kaum überleben. Friedensgespräche zwischen den Großmächten sind gescheitert, eine Waffenruhe wird zur Vorbereitung neuer Bombardements genutzt. Die Menschen in Syrien brauchen endlich das Schweigen der Waffen und einen Friedensprozess unter der Verantwortung der Vereinten Nationen.“ Der Schweriner Landesbischof Gerhard Ulrich beschäftigte sich am 24.11.2016 in seinem ausführlichen Bericht an die Landessynode der Nordkirche hauptsächlich mit der Flüchtlingsfrage. Zum Syrienkrieg sagte er nur den einen Satz: „Das Bombardement in Syrien verschlägt uns die Sprache.“

Die Landessynode der hessen-nassauischen Landeskirche verabschiedete am 26.11.2016 als einzige Synode im Herbst 2016 eine eigene Resolution „Frieden in Syrien ist möglich“. Darin fordert sie die politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa auf, „den Friedensprozess unter Verantwortung der Vereinten Nationen zu stärken“, sowie „Druck auf die am Krieg in Syrien beteiligten Staaten wie Russland, Iran, Saudi-Arabien, die Türkei, die USA und andere Länder auszuüben, damit sie ihre Eskalationspolitik beenden und humanitäre Hilfe möglich ist“.

„Es zeigt sich, wie schwer sich die kirchlichen Akteure damit tun, das bisherige völlige Versagen der internationalen Gemeinschaft wahrzunehmen.“

In diesen Äußerungen zeigt sich, wie schwer sich die kirchlichen Akteure damit tun, das bisherige völlige Versagen der internationalen Gemeinschaft und die Skrupellosigkeit der militärischen Akteure in Syrien wahrzunehmen. Auch die Meinung, dass Appelle europäischer Politiker an sechs und mehr Staaten, auch an die einflusslosen USA, irgendetwas Positives bewirken, zeigt wenig politischen Realismus.

In eine ganz andere, nämlich christologisch bestimmte Richtung ging der sächsische Landesbischof Rentzig am 12.11.2016 in seinem Bericht an die Landessynode. Ohne Syrien beim Namen zu nennen sagte er: „Der uns in Wort und Sakrament real begegnende Christus ist der gekreuzigte Christus. Mit ihm treten uns Schmerz, Leid und Not dieser Welt vor Augen. Die weinenden Kinder, die vergewaltigten Frauen, die zerschmetterten Körper nach einem Bombenangriff, die vielen Menschen, die dem zerstörerischen Treiben des Bösen ausgeliefert sind. Mit

EAK auf Facebook



Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite. Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.



allen diesen Menschen ist und bleibt Christus inniglich verbunden.“ Ob der Landesbischof die Berichte von syrischen Geistlichen im Todeskessel von Aleppo genau gekannt hat oder nicht, so hat er deren Grundüberzeugung richtig wiedergegeben, nämlich in Aleppo den Kreuzweg Christi in bitterster Not und Angst mitzugehen.

In eine biblisch orientierte Richtung geht eine Äußerung des Bischofs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, am 19.12.2016, befragt nach seiner Weihnachtspredigt. Die Kontur seiner Aussagen werde sein, „dass wir mit dem Krieg in Syrien, mit den Bildern aus Aleppo, ein apokalyptisches Szenario haben. Und zugleich wissen wir, dass eine der wenigen Ortsangaben in der Weihnachtsgeschichte eben Syrien ist. Wir reden über eine Geschichte, die unsere Kultur bis heute als die berühmteste Geschichte geprägt hat, die einen historischen Ort hat und der ist genau da, wo heute die Szenarien mit fast schon endzeitlicher Signatur stattfinden. Weihnachten ist die Botschaft, mit der wir ein solches Szenario des kollektiven Versagens der internationalen Gemeinschaft in den Blick nehmen können.“

Eigenständige Position von Altbischof Prof. Dr. Wolfgang Huber

Der frühere EKD-Ratsvorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Huber hat am 21.12.2016 im ZEIT-Interview eine analytisch klare Position vorgetragen: „Dass Aleppo nun zum Signal [gemeint für europäisches und internationales Versagen] wird, liegt an der Brutalität der Bombardierung durch Assad und Putin: Wir wissen, wer der Aggressor ist und wen wir kritisieren müssen. Doch die Frage, wie es weitergehen soll, ist dadurch nicht beantwortet. Wer könnte an Assads Stelle treten? Die militanten Rebellen machen nicht den Eindruck, als würde ein Menschenleben für sie einen höheren Rang haben als für die Regierungstruppen. [...] Die unzureichende internationale Reaktion auf Syrien erinnert mich sehr an das Versagen der Vereinten Nationen beim Völkermord in Ruanda.“ Huber bringt rückblickend auf 2012/2013 eine internationale Koalition ins Gespräch, die die Streitenden in einer Schutzzone hätte auseinanderhalten können. In der seinerzeitigen öffentlichen Diskussion über diese Frage haben sich die deutschen Kirchen durchwegs ablehnend geäußert. Noch weiter geht er mit seiner Forderung, es wäre längst notwendig gewesen, die syrische Bevölkerung „am Boden militärisch zu schützen.“ Damit greift er etliche aktuelle Medienbeiträge auf, die den westlichen Interventionsverzicht 2013 nach Giftgaseinsätzen gegen Rebellenviertel

von Damaskus ebenfalls kritisieren. Andreas Roth, Chefredakteur der sächsischen Kirchenzeitung SONNTAG denkt in ähnliche Richtung. Am 11. September 2016 schrieb er: „Eine Flugverbotszone hätte Assads Bombardements mit tausenden Toten und Verstümmelten verhindern können, doch der Westen wollte nicht selbst in einen schwer kalkulierbaren Strudel des Tötens und Getötet-Werdens geraten.“ [...] ‚Wir setzen auf Diplomatie.‘ Das Dumme ist nur, dass die syrischen Kriegsparteien samt ihrer Hintermänner darüber nur müde lächeln.“

Diese deutlichen Worte, die Assad und Putin als Urheber der brutalen Bombenangriffe benennen, finden sich bei den anderen evangelischen Kirchenmännern so nicht.

Die Frage nach den Motiven

Der russische Staatschef Putin hat 2014 durch einen verdeckten Kampf die ukrainische Halbinsel Krim militärisch annektiert und danach einen ebenfalls verdeckten Krieg in russisch besiedelten Gebieten der Ost-Ukraine begonnen. Die EKD übte damals schon große Zurückhaltung und forderte den Westen und Russland auf, nicht ins Denken des Kalten Krieges zurückzukehren. Angesichts der völkerrechtswidrigen Gewaltakte Russlands waren diese kirchlichen Äußerungen den Vorgängen wenig angemessen. Man kann auch noch weiter zurückdenken an die Zeit des Nachrüstungsstreits 1980 bis 1983, in dem viele links orientierte Pfarrer und Kirchenführer (nicht der Rat der EKD) an der sowjetischen atomaren Überras-

„Die unübersehbare Scheu mancher kirchlicher Akteure zum Kampf um Aleppo fällt auch deshalb auf, weil sie sich ansonsten wenig zieren, deutliche und kritische Worte an die Politik zu finden.“

tung keine Kritik übten, die NATO-Nachrüstung aber aufs Heftigste attackierten.

Die unübersehbare Scheu mancher kirchlicher Akteure im evangelischen Bereich zum Kampf um Aleppo fällt auch deshalb auf, weil sich hohe

Kirchenrepräsentanten ansonsten wenig zieren, deutliche und kritische Worte an die Politik zu finden, jüngst sehr harsch an die Adresse des neuen US-Präsidenten Trump.

Ich werde den Verdacht nicht los, dass bei einigen Bemerkungen auch politische Präferenzen durchscheinen, die in kirchlichem Reden aber nichts zu suchen haben. Der Blick auf das kirchliche Reden über den Syrien-Krieg wirft also auch ernste Fragen auf. Das betrifft auch die Weigerung, das durch Russland, Syrien und den Iran neu geschaffene Paradigma rücksichtsloser Machtpolitik unter Missachtung der Vereinten Nationen wahrzunehmen. Christliche Friedensethik ist m.E. ganz neu herausgefordert, sich mit den neuen Realitäten, dem Aussteigen insbesondere Russlands, aber auch Chinas aus einer internationalen Verantwortungsgemeinschaft, ernsthaft auseinanderzusetzen. Wer so gerne über den „gerechten Frieden“ redet, sollte zu allererst auch die realen Machtstrukturen auf dieser Erde im Blick haben und benennen.

Gerhard Arnold

ist evangelischer Theologe und friedensethischer Publizist.



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) präsentiert



„Martin Luther hielt die Musik für ein Gottesgeschenk und gab ihr ‚nach der Theologie die nächste Stelle und die höchste Ehre‘. Das bleibt auch heute richtig. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass die reformatorische Botschaft in dem Luther-Oratorium von Daniel Pacitti und Christian Meißner neu zum Klingen kommt. Auf unverwechselbare Weise wird die Botschaft von Gottes freier Gnade und dem befreiten Gewissen des Menschen die Hörerinnen und Hörer erreichen.“

Unter der Schirmherrschaft von
Altbischof Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber



„Wir sind Bettler“

Luther-Oratorium zum Reformationsjahr 2017

URAUFFÜHRUNG

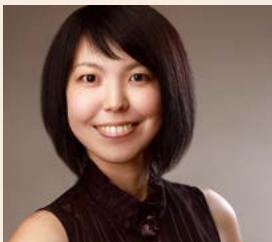
Musik: Daniel Pacitti | **Text:** Christian Meißner

Brandenburgisches Staatsorchester Frankfurt
Konzert- und Kinderchor der Staatsoper
Berliner Oratorien-Chor
Dirigent: Daniel Pacitti

Cristiane Roncaglio (Sopran)
Yuriko Ozaki (Sopran)
Roman Trekel (Bariton)
Arttu Kataja (Bassbariton)
Dominic Barberi (Bass)



Roman Trekel



Yuriko Ozaki



Cristiane Roncaglio



Arttu Kataja



Dominic Barberi

Einladung zur Uraufführung am:
Mittwoch, dem **28. Juni 2017**,
in der **Berliner Philharmonie**
Beginn: **20.00 Uhr**
(Einlass: 19.00 Uhr)

Ticket-Hotline (030) 47 99 74 74
www.eventim.de | www.eak-cducsu.de
sowie an der Gastkasse der Philharmonie und an
allen bekannten Vorverkaufsstellen
Philharmonie Berlin, Herbert-von-Karajan-Straße 1,
10785 Berlin,
Tel. 030 254 88-132; -301 (Kasse Philharmonie)



Was ist konservativ?

Dr. Christean Wagner reagiert auf den Artikel von Christof Warnke „Darf die CDU konservativ sein?“ in der EV 11+12 2016

I Der Konservative zeichnet sich dadurch aus, dass er auf einem festen Wertefundament stehend den Fortschritt fördert und daher mit Realitätssinn für eine Verbesserung der Verhältnisse kämpft. Er unterscheidet sich unmissverständlich vom Reaktionär, der mit Zähnen und Klauen den Status quo verteidigt und aus dem Gestern lebt. Linke Ideologen diffamieren den Konservativen als „reaktionär“ und erzeugen den irrigen Eindruck, „konservativ“ und „reaktionär“ seien Synonyme.

II „Konservativ ist nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt.“ (Antoine de Rivarol) Der Konservative verteidigt daher nicht das Bestehende, sondern das Bewährte. Für ihn ist nicht dasjenige Fortschritt, was heute schlicht nur anders ist als gestern. Fortschritt ist dagegen das, was heute besser ist als gestern. Deshalb wägt der Konservative ab: Das Neue wird nur dann an die Stelle des Alten gesetzt, wenn es sich als überlegen erwiesen hat. Der Konservative schätzt nicht den gut gemeinten Geburtstagswunsch: „Bleibe, wie Du bist,“ sondern die Aufforderung: „Höre nicht auf zu werden.“

III Zahlreiche Beispiele belegen den Wert konservativer Haltung:

1) Mit zunehmender Dauer der deutschen Teilung nahm die Bereitschaft der westdeutschen Öffentlichkeit ab, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ernst zu nehmen und in die Tat umzusetzen. In der Politik wuchs die Zahl der Gegner einer Wiedervereinigung. Führende Repräsentanten der damaligen Opposition lehnten die deutsche Einheit mit scharfer Polemik ab. Noch wenige Monate vor Öffnung der Mauer im Jahr 1989 wurde die Wiedervereinigung als „historischer Schwachsinn“, als „Lüge“ und als „gefährliche Illusion“ bezeichnet. In einer Erklärung vom September 1989 hieß es, daß „außer den deutschen Konservativen in Europa und in der Welt die deutsche Einheit niemand“ wolle. Die Grundsatzfestigkeit von Helmut Kohl und der Union waren eine der Voraussetzungen der Wiedererlangung der Einheit.

2) Der Patriotismus – die Liebe zum eigenen Land – ist eine Konstante konservativer Lebenseinstellung. Bis zum heutigen Tag verunglimpfen Linke ihn als „Nationalismus“. Sie verkennen die Realität: Der Nationalist haßt das Fremde, der Patriot liebt das Eigene. Die Vaterlandsliebe schafft innere Bindung zu unserem Staat und – wie der Philosoph Hermann Lübbe es sagt – „eint die Bürgerschaft“ und ist „der Name einer politischen Tugend“.

3) Der konservative Politiker verliert in seinem Handeln die religiöse Dimension nicht aus den Augen. Er nimmt wahr, dass die

Menschen heute zwar wissen, wovon sie leben; sie wissen aber häufig nicht mehr, wozu sie leben. Gefordert ist deshalb Mut zum Bekenntnis – nicht aufdringlich, aber hörbar. Warum soll ein Politiker z.B. nicht darüber sprechen, dass er betet. Denn wer betet, verbindet seine begrenzten Möglichkeiten als Mensch mit den unbegrenzten Möglichkeiten Gottes. Für Kardinal Lehmann bedeutet konservativ, „sich seiner Wurzeln besinnen. Wessen Leben christlich verwurzelt ist, wird in besonderer Weise an den Werten festhalten wollen, die das Christentum wesentlich ausmachen: Nächstenliebe, Menschenwürde, Freiheit, aber auch solidarische Verantwortung für die, die nicht privilegiert sind. Diese Werte sind nicht alt, sondern ewig.“

4) Der Konservative schützt die kulturelle Identität seiner Heimat und seiner Nation. Er weiß, dass er andere Kulturen nur zu würdigen versteht, wenn er sich seiner eigenen Identität gewiß ist und wenn er sich der Stärken und Schwächen der eigenen Geschichte – der politischen sowie der kulturellen – bewusst ist. Dieses Bewusstsein ist im übrigen die unabdingbare Voraussetzung von Tolerierung des Anderen, auch des Fremden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Bedeutung der Muttersprache. Eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages hat schon 2011 festgestellt, dass „die Sprache das prägende Element der deutschen Identität“ sei. Bundestagspräsident Norbert Lammert fügte hinzu: „Für keine andere Sprache haben wir eine ähnliche, eine auch nur vergleichbare Verpflichtung wie für die eigene.“

5) Öffentliche Aufregungen verstärkt der Konservative nicht; er hysterisiert die Bevölkerung nicht, sondern vertieft die problem- und lösungsorientierte, sachliche Betrachtung. Der Philosoph Odo Marquard hat den „Satz der Erhaltung des moralischen Empörungsaufwandes“ formuliert: „Je mehr Gewissen man 'ist', desto weniger Gewissen braucht man zu 'haben'. Man erspart sich das Tribunal, indem man es wird.“ Der Konservatismus lebt von Praxis und Erfahrung, nicht von Spekulation und Ideologie. Hieraus ergeben sich für ihn auch die Ablehnung von Denk- und Sprechverboten. Die moralisch verbrämte Diktatur der sog. Political Correctness ist ihm fremd.

IV. Aufgabe des Konservatismus heute ist es, auf der Grundlage christlicher Orientierung Botschaften zu senden zur Bedeutung von Verantwortung und Freiheit, zur Leitkultur, zur Sozialen Marktwirtschaft, zur inneren und äußeren Sicherheit, zur Familie, zum Lebensschutz, zum Umwelt- und Naturschutz und zum Patriotismus.

Dr. Christean Wagner war hessischer Kultus- und Justizminister und von November 2005 bis Januar 2014 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.

Luuk van Middelaar

Vom Kontinent zur Union

Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa

Empfehlung ★★★★★



Kann man „De passage naar Europa“, so der Titel des Buches im niederländischen Original, so spannend wie einen Krimi von Edgar Wallace oder Agatha Christie darstellen und dabei wissenschaftlich seriös sein? Eigentlich nicht. Luuk van Middelaar kann es.

Luuk van Middelaar wurde 1973 in Eindhoven geboren. Er ist Professor für EU-Recht und Europäischen Studien an den Universitäten Leiden sowie Löwen. Von 2010 bis 2014 war er Berater des EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy.

Ausgangspunkt seiner Überlegung ist das Bismarck-Zitat aus dem Jahr 1876: „Qui parle d'Europe a tort. Notion géographique.“ Europa war damals ein rein geografischer Begriff, obwohl es schon damals Versuche gab, Europa als Camouflage für eigene Interessen zu nutzen und als politische Größe zu interpretieren.

Van Middelaar entwickelt ein Modell, in dem das geografische Europa die Außensphäre beschreibt.

In der Folge der Zeit nach dem „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“ (Churchill) ist über die Schritte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) eine Innensphäre entstanden, die supranational strukturiert ist und nach festen Regeln der Systematik der Fachminister arbeitet. Diese Regelgebundenheit war insbesondere für die kleineren Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg eine massive Verbesserung, die zusammen mit Deutschland, Frankreich und Italien als Gründungsmitglieder das Europa der Sechs bildeten. Waren die BeNeLux-Staaten in der Vergangenheit zwischen Frankreich und Deutschland immer zerrieben worden, wurden sie nun in der Supranationalität gleichberechtigt.

Dieses Europa wurde durch Beitritte vor allem des Vereinigten Königreiches größer und die Systematik der Fachminister versagte, als die europäischen Themen immer komplexer wurden. Seit 1974 gibt es den Europäischen Rat, der nicht mehr im Namen der Supranationalität spricht, sondern als Versammlung der Repräsentanten der Völker der Europäischen Union. Van Middelaar bezeichnet dies als Zwischensphäre. Und dieser Europäische Rat schafft Lösungen für komplexe Fragen: „Dass die Föderalisten und die Juristen solche Kompromisse hinterher meistens

als ‚unzureichend‘ oder gar ‚monströs‘ zeichnen, ist keine Katastrophe, denn die politische Kraft, die am Ende doch alle zusammenschweißt, ist nun einmal größer als alle juristische Logik“, so van Middelaar. Und hier identifiziert van Middelaar das Machtzentrum der Union: „Während die Studien über die Kommission, das Parlament, den Gerichtshof und sogar den normalen Rat Regale füllen würden, wurde das Gremium der nationalen Staats- und Regierungschefs vernachlässigt, obwohl es sich laut vieler Beobachter nach und nach zum Machtzentrum der Union gemausert hat.“ Mit der Beschreibung und der Deutung dieser Zwischensphäre füllt van Middelaar diese Lücke. Zu Vielem, was in „Europa“ geschieht, eröffnet sich dadurch ein völlig neuer Zugang.

Als Niederländer spricht er auch Aspekte an, die in der deutschen Rezeptionen eher (zu) kurz kommen: „In Deutschland stehen Regeln für Gerechtigkeit, Ordnung und Ehrlichkeit. In Frankreich stehen Regeln für Einschränkung und Unfreiheit.“ Und: „Frankreich benutzt Europa als Hebel, um seine Schwäche zu verschleiern. Deutschland benutzt Europa als Deckmantel, um seine Stärke zu verhüllen.“

Was bedeutet dies alles für die deutsche Politik nach dem Brexit? Van Middelaar bringt in dem Vorwort für deutsche Ausgabe, das vom 7. Juli 2016 datiert, also nach dem Brexit, sehr klar auf den Punkt: „Nun muss Deutschland politische Führungspersönlichkeiten ins Spiel bringen, die ‚nicht mehr die lang gepflegte Kultur des Abwartens und Aussitzens praktizieren können‘ (Münkler), sondern Entschlussfreudigkeit und Improvisationsvermögen zu einer Kunstform erheben. Allerdings ist das angesichts der Bürde der Vergangenheit eine schier aussichtslose Aufgabe, weshalb das übergeordnete deutsche Interesse im Aushalten europäischer Widersprüche und Organisieren von Gleichgewichten bestehen wird.“ Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Dr. Michael Franz

Luuk van Middelaar: Vom Kontinent zur Union – Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa

Verlag Suhrkamp Berlin 2016, ISBN 978-3-518-42568-8 Hardcover; 308 Seiten; 28,00 €



DIE REFORMATION IST HOCHAKTUELL! JETZT ERHÄLTlich:

Das EAK-Buch zum Reformationsjubiläum

Mit Beiträgen von Angela Merkel, Thomas de Maizère, Ursula von der Leyen, Wolfgang Huber u.a.

Bestellbar über die EAK-Bundesgeschäftsstelle: ISBN 978-3-00-056782-7 • Preis: 10,- €

36. Hermannsburger EAK-Tagung

Michael Looß von Hülst

Wer hat in der aktuellen Erinnerung an Martin Luthers Wirken schon dessen Sozialethik oder das Bildungserbe der Reformation auf dem Schirm? Und was ist heute unter der Überschrift „Überfordert uns der Wandel?“ aus kirchlicher Sicht anzumerken? Diese nicht unbedingt im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Facetten des Erbes der Reformation zu beleuchten und zu diskutieren, hatte an die 100 Teilnehmer zur 36. EAK-Tagung in die Südheide gelockt. Der veranstaltende niedersächsische EAK-Landesverband – an der Spitze mit seinem Vorsitzenden, **Pastor Dirk Heuer** – konnte sich nicht nur über diese hohe Beteiligung freuen, sondern auch über eine lebendige und mitunter kontrovers geführte Diskussion.

Unter dem Leitthema „Reformation gestern – und heute!?“ gelang es den Referenten, einen breiten Spannungsbogen aufzubauen und Luthers Denk- und Glaubensansätze vom ausgehenden Mittelalter in unsere Zeit zu transformieren.

Dr. Hans-Georg Kelterborn, ehemaliger Direktor der Evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik in Reutlingen, wählte für seinen Vortrag die Überschrift „Wie Luther dem Wucher die Leviten las – oder: die Christen und das liebe Geld“. Er begann seine Ausführungen mit einer Frontalkritik am Denken und Handeln der US-Demokraten, die Donald Trump mit ihrer Politik den Weg bereitet hätten, und zitierte in diesem Zusammenhang den „ZEIT“-Redakteur Bernd Ulrich: „Viel zu lange und viel zu sehr haben sie sich mit dem großen Geld arrangiert, haben den Liberalismus an den Neoliberalismus verkauft und dabei die kleinen Leute an die Ressentiment-Dealer verloren. Im Nachhinein kann man nur darüber bestürzt sein, dass in der Phase, da die sogenannte Erste Welt noch gigantische Gewinne erwirtschaftet hat, diese in grotesker Weise an die Reichen verschwendet wurden, anstatt die Mittelschicht zu stabilisieren und den Armen wirklich zu helfen.“

„Luther urteilt radikaler und spricht bewegender, als es die Kirchen heute tun. Er verweigerte den Wucherern die Sakramente.“

Nach diesem Paukenschlag fragte Kelterborn das leicht verdatterte Auditorium: „Was hat das alles nun mit Martin Luther zu tun?“ Seine Sozialethik setze einen anderen Akzent als Trump. Christenmenschen sollten für ihre Gemeinschaft aus „Berufung arbeiten“, also Qualität abliefern. Dabei komme es Luther nicht auf eine größtmögliche Bereicherung an, sondern auf das Gemeinwohl. Darum habe er sich zeitlebens eingemischt und zentrale Positionen formuliert, die uns gegenwärtig neu orientieren könnten, wie wir Christen es mit dem Arbeiten, Wirtschaften und Handeltreiben, also mit dem Geldverdienen halten sollten.

Um die nach Kelterborns Auffassung ungezügelter Kritik Luthers am Kapitalismus zu unterstreichen, bemühte er den Ökonomieprofessor Christian Kreiß, der dazu in „Chrismon“ (2/2017) ausführte: „Ich finde Luthers Wirtschaftsethik aktuell, modern – und sehr brisant. Luther urteilt radikaler und spricht bewegender, als es die Kirchen heute tun. Er verweigerte den

Wucherern die Sakramente. Diese ‚Stuhlräuber‘, wie er sie nennt, ruinieren die Gesellschaft. Die Stuhlräuber von heute kassieren ungerechtfertigte Boni und vermeiden Steuerzahlungen in Milliardenhöhe. Das Feuer der Entrüstung darüber wieder anzufachen, ist mir ein Herzensanliegen.“

Mit seinen berühmten 95 Thesen von 1517 und dem Postulat „Gott ist nicht käuflich!“ las Luther dem Wucher die Leviten. Er habe hier den kirchlichen Ablasshandel und die damit erhoffte Käuflichkeit des Seelenheils bekämpft. „Sola gratia gilt! Allein die Gnade Gottes kann den Menschen auf ewig retten!“ Luthers scharfe Kritik an der Ökonomisierung des Heils sei von Anfang an an den Impuls gekoppelt, sich um die Armen zu kümmern. Damit habe die Reformation ihren Anfang genommen, und dies müsse angesichts der weltweiten Vergötzung des Geldes von den Kirchenführern an zentraler Position in das Reformationsjubiläum eingebracht werden. Bislang sehe er das leider nicht, resümierte Kelterborn.

In seiner ausführlichen Schrift „Von Kaufshandlung und Wucher“ aus dem Jahr 1524 kritisierte Luther die übliche Orientierung des Warenpreises am Gesetz von Angebot und Nachfrage: „Die Kaufleute haben unter sich eine allgemeine Regel, das ist ihr Hauptspruch und Grund aller Wucherkniffe, dass sie sagen: Ich darf meine Ware so teuer geben, wie ich kann. Das halten sie für ein Recht, da ist dem Geiz der Raum gemacht und der Hölle alle Tür und Fenster aufgetan. Was ist das denn anders gesagt als soviel: Ich frage nichts nach meinem Nächsten? Hätte ich nur meinen Gewinn und Geiz voll, was geht’s mich an, dass es meinem Nächsten zehn Schaden auf einmal täte?“

Luther wehrte sich gegen diese Preisgestaltung, weil dabei keine Rücksicht auf den Grundbedarf der Schwachen genommen wurde und plädierte stattdessen für den gerechten Preis: „Es sollte nicht so heißen: Ich darf meine Ware so teuer geben... wie es recht und billig ist. Denn dein Verkaufen soll nicht ein Werk sein, das frei in deiner Macht und Willen ohne alles Gesetz und Maß steht, als wärest du ein Gott, der niemand verbunden wäre. Sondern weil solches Verkaufen ein Werk ist, das du gegen deinen Nächsten übst, soll es durch solch Gesetz und Gewissen begrenzt sein, dass du es ohne Schaden und Nachteil deines Nächsten übst.“

Diese Intentionen stünden heute für „Ehrbarer Kaufmann“ oder auch „Fair Trade“, also gerechter Handel. Luther habe, so Kelterborn weiter, zu seiner Zeit drastisch eine aktive Politik gegenüber unbegrenzter Wirtschaftsmacht gefordert, wie sie sich damals mit Fugger in Augsburg zeigte und die rhetorische Frage gestellt: „Wie soll das immer mögen göttlich und recht zugehen, dass ein Mann in so kurzer Zeit so reich werde, dass er Könige und Kaiser aufkaufen möchte?“

Mit weiteren Aussagen Luthers und dessen harscher Kritik an den wirtschaftlichen und politischen Zuständen seiner Zeit machte Hans-Georg Kelterborn deutlich, dass der Reformator mit seiner aus der Heiligen Schrift abgeleiteten und begründeten Lebens- und Handlungsform nicht nur für „Christenmenschen“ aktueller denn je sei. Was Lutherforscher als „Ethik des



Der EAK-Landesvorsitzende Pastor Dirk Heuer mit Dr. Petra Bahr, Regionalbischöfin in Hannover

Genug“ bezeichnen, aus dem Überfluss der Güte Gottes im Alltag zu leben, sei das strikte Gegenteil von Geiz und Gier. Aus der Nachhaltigkeitsdebatte kennen wir den Ansatzpunkt der Suffizienz. Sie bedeutet in diesem Zusammenhang, sich von Zwängen des Konsums zu befreien und sich auf das zu besinnen, was dem Leben wirklich Sinn verleiht. Suffizienz heißt, sich zu beschränken. Sie ist eine Selbstbeschränkung, die dem Leben Maß gibt gegenüber dem Maßlosen der Konsumgesellschaft. Insofern steht die Suffizienz im Kontext zu Luthers „Ethik des Genug“.

Der einzelne Christ könne nach dieser Sozialethik Luthers sein Leben gestalten und durch gesellschaftliches Engagement dazu beitragen, dass sich auch im gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bereich etwas ändere. In historisch fundierter Abfolge zeichnete Kelterborn schonungslos ein Bild der Fehlentwicklungen der Märkte und des aus seiner Sicht falschen politischen und wirtschaftswissenschaftlichen Unterbaus. Weichenstellungen seien dringend nötig, „dabei muss es um die Wiedergewinnung des Primats einer humanen Politik vor dem ungezügelten Kapital gehen“.

Nach diesen Ausführungen wundert es nicht, dass sich eine kontroverse, teils hitzig geführte Diskussion anschloss. Tagungsteilnehmer hoben die ausgleichende Funktion der „sozialen Marktwirtschaft“ hervor, die in den vergangenen Jahrzehnten zumindest in Deutschland für einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit gesorgt habe. Wichtige soziale Errungenschaften seien mit diesem Wirtschaftsmodell erzielt worden. Jetzt komme es darauf an, Fehlentwicklungen konsequent zu korrigieren, „denn der Markt allein wird es nicht richten“.

Die kürzlich in ihr Amt als Landessuperintendentin für den Sprengel Hannover eingeführte **Dr. Petra Bahr** begann ihr Impulsreferat „Überfordert uns der Wandel? Reformnotwendigkeit und -fähigkeit unserer Gesellschaft aus kirchlicher Sicht“ mit drei Perspektiven: Was in diesem Wandel noch zu tun ist! – Woran wollen wir diesen Wandel messen? – Wo wollen wir ihn messen?

Zunächst konstatierte Bahr, dass es Wandel zu jeder Zeit gegeben habe. Immer hätten sich die Menschen auf neue Lebensformen und Arbeitswelten einstellen müssen. Der gegenwärtige Wandlungsprozess durchdringe mit Heftigkeit das allumfassende Leben des einzelnen wie das der gesamten Gesellschaft. Während der einzelne über den Werteverlust und über weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine allgemeine Verrohung von Sprache und Sitten, über Flüchtlingsströme und



damit verbunden über vermeintliche Identitätsverluste klage, stünden Politik und Wirtschaft durch Globalisierung und Digitalisierung vor riesigen Herausforderungen.

Auch auf die Kirchen kämen durch den demografischen Wandel und die abnehmende Bindekraft unruhige Zeiten zu. Petra Bahr: „Ja, wir sind Teil einer veränderten und sich weiter verändernden Welt und auch wir haben uns verändert“.

Es komme entscheidend darauf an, wie wir als einzelne und Staat und Gesellschaft diesen Wandlungsprozess mit gestalten und nicht ohnmächtig zusehen, wie sich vieles um uns herum verändere. Deshalb sei es wichtig, dass wir als mündige Bürgerinnen und Bürger und Christen in diesem Prozess nicht abseits stehen und „nur das Ende des Selbstverständlichen beklagen und nur noch undankbar sind. Ganz im Gegenteil, wir haben allen Grund, dankbar zu sein. Für einen funktionierenden demokratisch verfassten Rechtsstaat, über die Wiedervereinigung unseres Landes und was sich sonst noch alles anfügen ließe“.

Viel mehr müssten wir aufpassen, das Vergangene nicht zu verklären. Sicher sei die Gesellschaft vielseitiger geworden, aber es läge schon an uns, wenn wir die nicht mehr wahrnehmen, die anders sind als wir. Als positiv bewertete die hannoversche Regionalbischöfin die

„Es komme entscheidend darauf an, wie wir als einzelne und Staat und Gesellschaft diesen Wandlungsprozess mit gestalten und nicht ohnmächtig zusehen, wie sich vieles um uns herum verändere.“

Durchlässigkeit des Bildungswesens und die Tatsache, dass noch nie so viele Frauen das Abitur ablegen konnten wie in den letzten Jahren.

In dem sich vollziehenden Wandlungsprozess sehnten sich viele Menschen nach Querdenkern, die bereit seien, über den

Tellerrand hinweg zu schauen, um Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Allerdings werde es dann schwierig, wenn diese nicht unsere Meinung wider spiegelten. Sie wünsche sich, dass die Streitkultur gestärkt werde und die Bereitschaft, Konflikte auszuhalten.

Was die zukünftige Entwicklung der Kirche anbelangt, so steht für Petra Bahr fest: „Wir gehen auf eine andere Kirche zu, die kleiner werden wird“. Es werde große Veränderungen geben, sicher auch einen theologischen Lernprozess. Die zentralen

Fragen werden sein: Welche Kirche wollen wir? Und wie erreichen wir auch künftig die Menschen, um ihnen das Evangelium zu verkündigen? Gerade die evangelische Kirche setze bei der Beantwortung dieser Fragen auf die aktive Mitarbeit der Gemeinden und des einzelnen Kirchenmitgliedes. Bahr: „Wir sind seit Martin Luther eben keine Kirche der Pastorinnen und Pastoren“. Sie wünsche sich mehr Bewegung in diesen Fragen und eine Abkehr von der Tendenz, in der Kirche nicht mehr streiten zu wollen. Vielleicht gelinge es ja, den Wandel durch Nachdenklichkeit zu befördern. Neben Neuem, das sich entwickeln werde, würden auch in 20 Jahren noch Lieder von Paul Gerhardt gesungen werden, aber eben andere nicht mehr.

„Für Luther war es eminent wichtig, die Bildung breiter Bevölkerungsschichten durchzusetzen. Damit setze Luther einen Kontrapunkt zu den Akteuren der AFD, die sich von Menschen mit anderen Ideen und Lebensentwürfen abschotteten.“

Die stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende und ehemalige thüringische Ministerpräsidentin, **Christine Lieberknecht MdL**, hielt anschließend ein Referat zu dem Thema „Dem Volk aufs Maul schauen!? Impulse für den Umgang mit populistischen Parteien“. Sie gliederte ihren Vortrag in einen reformatorischen-, bürgerlich-staatspolitischen- und bürgerlich-partizipatorischen Ansatz.

Lieberknecht konstatierte Erosionserscheinungen in unserem politischen System. Viele Menschen fühlten sich mit ihren Ängsten vor Veränderungen verunsichert, allein gelassen und von den etablierten Parteien nicht mehr verstanden und vertreten. Aus dieser Unsicherheit versuche die AFD, mit ihren populistischen, dumpfen und teils menschenverachtenden Parolen politisches Kapital zu schlagen. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass Politik, die gesellschaftlichen Gruppen und in besonderer Weise die Medien ihren Beitrag zur Entlarvung der AFD leisteten. Nicht wenige Mitglieder dieser Partei verfolgten einen extremistischen und systemverändernden Populismus. „Im Kern verfolge die AFD eine Politik, die unsere offene und pluralistische Gesellschaft zumindest beschädigen will“, so Christine Lieberknecht. Unter dem Vorwand, „dem Volk aufs Maul zu schauen“, versuche diese Partei Ressentiments zu schüren und wirke gesamtgesellschaftlich destruktiv.

In ihrem reformatorischen Impuls hob sie, wie zuvor schon Hans-Georg Kelterborn die zentrale Aussage Luthers „Allein

die Gnade Gottes kann den Menschen auf ewig retten“ hervor und die damit implizierte „Rechtfertigung durch den Glauben“. Der Reformator habe sich mit den Intellektuellen seiner Zeit aus Musik, Malerei und Literatur umgeben, um seinen geistigen Horizont zu erweitern und nicht im eigenen Saft zu schmoren. Für ihn war es deshalb eminent wichtig, die Bildung breiter Bevölkerungsschichten durchzusetzen. Damit setze Luther einen Kontrapunkt zu den Akteuren der AFD, die sich von Menschen mit anderen Ideen und Lebensentwürfen abschotteten.

Während die Populisten darauf abzielten, den einzelnen nicht zu denken, sei es Martin Luther um die „Reinheit des Wortes“ gegangen, die auf den einzelnen ziele. Der einzelne Mensch müsse auch heute durch Bildung eine Souveränität erlangen, die ihn in die Lage versetze, komplexe Sachverhalte zu verstehen und einordnen zu können. Im bürgerlich-staatspolitischen Impuls verdeutlichte Lieberknecht die in ihrer Dramatik noch nicht vorhersehbare Industrielle Revolution. Viele Menschen seien verunsichert und blickten mit Sorge auf die digitale und globalisierte Welt. Sie bedauerte, dass es inzwischen Menschen gebe, die die Politik nicht mehr erreiche. Umso mehr sei die Politik gefordert, den Menschen Zuversicht zu vermitteln und mit geeigneten Maßnahmen ganz praktisch zu unterfüttern.

Für sie stehe fest: „Bildung ist der Schlüssel in diesem Wandlungsprozess! Die Politik und jede und jeder von uns sollte die drei V's verinnerlichen und danach in diesen unruhigen Zeiten handeln: Vertrauen, Verlässlichkeit, Verantwortung“.

Zum Schluss ihres wie immer mit viel Verve gehaltenen Vortrages warb Christine Lieberknecht für ein aktives bürgerschaftliches Mittun in Politik und Gesellschaft, um den Populisten „den Wind aus den Segeln zu nehmen“.

Sie schloss mit Worten des chinesischen Philosophen Konfuzius: „Sage es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde es vielleicht behalten. Lass es mich tun, und ich werde es können“.

Die von Christine Lieberknecht behandelte Thematik wurde von **Dr. Marcel Lewandowsky** vom Institut für Politikwissenschaft der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg fortgesetzt. Er vermittelte in einer sehr plastischen Art Wesen und Rolle der „Populistischen Parteien in Europa“. Als Elemente des Populismus benannte er das fehlende Kernkonzept dieser Parteien, die über keine geschlossene Weltanschauung verfügen. Auch das Gemeinmachen mit einem „Wir“, ein Bedrohungsszenario von oben (politisches Establishment) sowie die Bevorzugung von Volkssouveränität gegenüber der institutionellen Beschränkung von Demokratie gehörten dazu. Als weitere Elemente hob er die Selbstbeschreibung als Bewegung „von unten“ und die Reduktion komplexer politischer Probleme auf Schuldige hervor.

Noch problematischer erscheinen die Elemente des Rechtspopulismus. Lewandowsky sieht hier einen Nativismus (Verteidigung der „Eingeborenen“ gegen die „Fremden“), die Betonung der eigenen (kulturellen) Identität und ein Bedrohungsszenario von außen („Überfremdung“) als hervorstechende Merkmale. Zu diesen Elementen gehörten aber auch ein Bedrohungsszenario von innen (Erosion traditioneller Lebensweisen) und ein Wirtschaftschauvinismus.

In einer Gegenüberstellung verdeutlichte Marcel Lewandowsky die unterschiedlichen Einstellungen von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Während bei der Rigidität der Ideologie der Rechtspopulismus offen sei, verfolge der Rechtsextremismus eine geschlossene Weltanschauung. Das Verhältnis zur Demokratie lasse sich mit Anti-Establishment (Rechtspopulismus) und Anti-System (Rechtsextremismus) einordnen.

Für Rechtspopulismus als Merkmal von Modernisierung stehe nach Lewandowskys Auffassung die ökonomische



Pastor Dirk Heuer mit Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht MdL



Modernisierung, wobei hier eher Modernisierungsgegner als Modernisierungsverlierer im Fokus stehen. Weiter zähle dazu die kulturelle Modernisierung mit Zu- und Einwanderung, einer Erosion traditioneller Lebensweisen und der Sichtbarkeit als „fremd“ empfundener Kulturen. Hinzu komme die politische Modernisierung mit der Verlagerung von Entscheidungsstrukturen in supra-nationale Institutionen und die Elitisierung der Parteien.

Doch wie umgehen mit den Rechtspopulisten? Eine Einbindung oder Tolerierung könne rechtspopulistische Parteien beschädigen. Als grundlegendes Problem machte Lewandowsky den „Elite“-Status der etablierten Parteien versus „Underdog“-Status der Rechtspopulisten aus. Eine Stigmatisierung nütze ihnen eher, als dass sie ihnen schade. Er forderte eine stärkere programmatische Polarisierung, denn die Unterscheidbarkeit der Mainstream-Parteien senke die Attraktivität der Rechtspopulisten, wobei die Bildung von großen Koalitionen ein Problem darstelle.

Zusammenfassend stellte der junge Politikwissenschaftler fest:

- Rechtspopulismus verbindet das Postulat uneingeschränkter Souveränität mit der Verteidigung kultureller Identität
- Dabei profitiert Rechtspopulismus vom sinkenden Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien
- Gleichzeitig sind Rechtspopulisten nicht einfache Protestparteien. Sie profitieren ebenso von Protestwahlverhalten wie von der Überzeugung der Wähler mit ihrem Programm.



EAK online
Besuchen Sie unsere neue Webseite:
www.eak-cducsu.de/kontakt

Meinungen und Informationen
aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber
Thomas Rachel, Dieter Hackler,
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion
Dr. Johanna Schulze,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eakcdusu.de

Spenden-Konto
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren
Dr. Bernhard Felmberg
Gerhard Arnold
Dr. Christean Wagner
Dr. Michael Franz
Michael Looß von Hülst

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis
Titelbild: istockphoto © Claudiad
S. 3: istockphoto © franckreporter
S. 6: istockphoto © bwb-studio
S. 9: R. Trekel © IMAGEM, Y. Ozaki
© M. Redelig, C. Roncaglio © RTR-Media-
Production, A. Kataja © Markus Enttonen,
D. Barberi © Stephanie von Becker
S. 15: © EAK-Archiv
S. 13,14,15: © Archiv Looß von Hülst
Umschlag/Meditation: istockphoto
© ipopba

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –
nur mit Genehmigung der Redaktion und
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge stellen die Meinung
des Verfassers dar, nicht unbedingt die
der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer
facebook-Seite!

ClimatePartner
klimaneutral
Druck | ID 11854-1705-1003



Meditation



*„Man muss Gott
mehr gehorchen als den
Menschen“ (Apostelgeschichte 5,29)*

(einschließlich der kirchlichen!) durch die in Sünde gefangene Menschheit. Deshalb konnte Luther das Amt des weltlichen „Schwertes“ wegen seiner eigentlichen Funktion, die ihm seiner Überzeugung nach von Gott verliehen worden war, nämlich zum Schutze des Gemeinwohls nach außen wie nach innen, vollauf würdigen. Obwohl er sich wünschte, dass das weltliche Regiment von frommen Herrschern repräsentiert sei, war er doch gleichzeitig auch nüchterner Realist in Bezug auf das politische „Bodenpersonal“. So sagte er etwa über die Herrscher: „Sie sind gemeiniglich die größten Narren oder die ärgsten Buben auf Erden.“ (WA 11,268).

Den weltlichen Herrschern wie Kaisern, Königen und Fürsten, aber auch den geistlichen wie Papst, Kardinälen und Bischöfen – also allen machtvollen Autoritäten seiner Zeit – konnte Luther, wenn es wohlgemerkt um den Kern der Glaubensfragen und um das wahre Evangelium Jesu Christi ging, in direkter und frontaler Weise herrschafts- und ideologiekritisch entgegnetreten. In Fragen des geistlichen Regiments hatte sich das weltliche Regiment eben gefälligst nicht einzumischen – und umgekehrt. Jeder sollte bei seinem jeweiligen Amte bleiben. Dort aber, wo das jeweilige Amt rechtens ausgeübt wurde, war man ihm dafür dann natürlich auch vollen Gehorsam schuldig. Dies zeigt, wie falsch es ist, wenn man Luther als „Fürstenknecht“ oder seine Theologie als Wegbereiter eines späteren obrigkeitstaatlichen „Kadavergehorsams“ stempeln will. Das Gegenteil ist der Fall. Luther wusste bereits um die spannungsvolle Balance zwischen „Widerstand und Ergebung“.

Luther sah in der Obrigkeit, wir würden heute wohl sagen: in der „staatlichen Ordnung“, etwas grundsätzlich Gutes, ja sogar etwas von Gott Gegebenes. Aber er wusste gleichzeitig immer auch um deren Zerbrechlichkeit und den permanenten Missbrauch aller weltlichen Strukturen